



Andreas Westerfellhaus
Präsident des Deutschen Pflegerats

Editorial

Mehr Personal – weniger Risiko

Seit vielen Jahren wird die professionelle Pflege mit Umständen konfrontiert, die ihr die tägliche Arbeit in hohem Maße erschweren. Der DPR erwartet Lösungen von den politisch Verantwortlichen und hat diese in seinen Forderungen zur Bundestagswahl 2017 festgezurrt. Im Mittelpunkt steht das Thema Personal. Denn besonders schwerwiegend wirken sich – sofern überhaupt vorhanden – die unzureichenden Personalschlüssel in der Pflege aus. Sie führen zu Arbeitsüberlastungen, einem hohen Krankenstand und einer hohen Teilzeitquote. Das gefährdet das Pflegepersonal und die Patientensicherheit.

Der DPR fordert daher die schnellstmögliche gesetzliche Festlegung einer verbindlichen Personalausstattung für Pflegende und Hebammen. In stationären Pflegeeinrichtungen müssen die Personalschlüssel bundeseinheitlich geregelt werden. Denn es ist nicht nachvollziehbar, dass es bei einheitlichen Leistungsbeträgen und Modulen der Pflegeversicherung zu Unterschieden bei den Personalschlüsseln in den Ländern kommt. In den Krankenhäusern benötigen wir über die jetzt festzulegenden Pflegepersonaluntergrenzen in den pflegesensitiven Bereichen hinaus mittelfristig Personalmindestbesetzung für die Pflege in allen Bereichen. Abgesichert werden müssen diese Maßnahmen durch eine attraktive Vergütung.

Die künftige Bundesregierung muss ihr Augenmerk auf das professionelle Pflegepersonal und damit die Sicherung der pflegerischen Versorgung richten.

Andreas Westerfellhaus
Präsident des Deutschen Pflegerats



In Kooperation mit

Heilberufe
Das Pflegemagazin

IM FOCUS

Pflegeberufe neu gestalten

Bereits 2007 hat der Sachverständigenrat zur Beurteilung der Entwicklung im Gesundheitswesen dringenden Handlungsbedarf bezüglich einer Neugestaltung der Aufgaben im deutschen Gesundheitssystem festgestellt.

Wie wenig in den zehn Jahren danach geschehen ist, zeigt der im Mai 2017 gefasste Beschluss des 120. Deutschen Ärztetags zu „Physician Assistants“. Damit ist die deutsche Ärzteschaft von ihrem Monopol der medizinischen Heilkunde keinen Millimeter abgerückt. Das ist bedauerlich. Denn die pflegerische und ärztliche Versorgung braucht eine neue Arbeitsteilung. Dabei darf es keine Tabus geben. Ein Blick in andere Länder zeigt, dass sich dort längst integrierte Versorgungsstrukturen mit erweiterten Rollen für Pflegefachpersonen etabliert und nachweislich bewährt haben. Der DBfK hat dies in einem Positionspapier, das jetzt vorliegt, deutlich gemacht.

Der Deutsche Pflegerat fordert daher die Parteien und die künftige Bundesregierung auf, eine pflegewissenschaftliche Studie zur Klarstellung des Aufgabenprofils von Pflegefachpersonen und den Möglichkeiten eines qualitativen Skill-Mix in Auftrag zu geben. Geklärt werden müssen die Vorbehaltsaufgaben für die Pflegenden. Das würde eine professionelle, kompetenzorientierte Berufsausübung ermöglichen. Die Wahrnehmung und Ausübung heilkundlicher Tätigkeiten müssen dabei regelhaft durch die Berufsgruppe selbst erfolgen. Die Bürgerinnen und Bürger müssen ein Recht auf eine Versorgung haben, die dem aktuellsten pflegewissenschaftlichen Stand entspricht. Die professionell Pflegenden spielen dabei eine wesentliche Rolle.

Franz Wagner
Vize-Präsident des Deutschen Pflegerats (DPR)

BKK Gesundheitsatlas 2017 analysiert Gesundheitsberufe

Erkrankungsgeschehen bei Pflegeberufen besorgniserregend

Die Datenanalysen des aktuellen BKK Gesundheitsatlases belegen, dass besorgniserregend viele Pflegekräfte aufgrund der Arbeitsbedingungen einen kritischen Gesundheitszustand haben. Dazu kommt, dass jeder Dritte in der Altenpflege (32,9 Prozent) lediglich ein befristetes Arbeitsverhältnis hat. Im Schnitt aller Berufstätigen sind es dagegen 14,6 Prozent.

Schaut man sich das Erkrankungsgeschehen der mehrheitlich weiblichen Beschäftigten der Pflegebranche genauer an, fällt auf, dass – im Vergleich zu allen anderen Beschäftigten, die im Schnitt 16 Tage krank waren – es deutlich längere Ausfallzeiten gibt:

Rund 24 Tage sind es bei denjenigen, die in Pflege- oder Altenheimen arbeiten.

Signifikant länger krank

Spitzenreiter hinsichtlich der Erkrankten mit psychischen Störungen sind weibliche Beschäftigte in Pflegeheimen

– sie sind doppelt so lange seelisch krank wie der Durchschnitt aller Arbeitnehmer (4,6 Krankentage in Pflegeheimen gegenüber 2,3 Tage bei den Beschäftigten aller Branchen).

Auch körperlicher Verschleiß macht den in Pflegeberufen Arbeitenden zu schaffen: Aufgrund von Muskel- und Skelettkrankheiten fallen Altenpflegerinnen doppelt so lange aus wie die weiblichen Beschäftigten insgesamt (7,0 versus 3,7 Krankentage).

Mehr psychische Leiden

Bei der Analyse der Krankenhaustage fiel bei den Pflegeberufen auf, dass weit mehr Männer (15 Prozent mehr als



Pflegende sind signifikant länger krank und werden mehr wegen psychischer Leiden stationär behandelt als der Durchschnitt in anderer Berufsgruppen.

weibliche Beschäftigte) sich wegen psychischer Störungen stationär behandeln lassen mussten. Dabei liegen alle Menschen, die in der Pflege arbeiten, ohnehin schon jeweils mehr als 55 Prozent über dem Schnitt der Krankenhaustage aller Berufstätigen, die aufgrund psychischer Diagnosen im Krankenhaus waren.

Bei der stationären Versorgung sind es nicht nur die Beschäftigten der Heime mit den meisten Krankenhaustagen, auch die regionalen Unterschiede sind hier am größten. Besonders viele Krankenhaustage gab es im Saarland, rund ein Drittel weniger waren es in Sachsen.

Betriebliche Gesundheitsförderung ausbaufähig

Bei einer Umfrage unter 2.000 Beschäftigten betonten neun von zehn Befragten: Die Förderung von Gesundheit an ihrem Arbeitsplatz ist ihnen wichtig oder sehr wichtig. Allerdings geben weniger als die Hälfte an, dass es überhaupt solche Maßnahmen in ihrem Unternehmen gibt. Es zeigt sich durchaus ein Zusammenhang: Teilnehmer an betrieblicher Gesundheitsförderung leben laut eigenen Angaben auch außerhalb ihres Berufs aktiver und haben größere Zuversicht, ihren Beruf auch längerfristig ausüben zu können.

Mehr Gesundheitsförderung in der Altenpflege

Von diesen Erkenntnissen sollte auch die Altenpflege profitieren, allerdings gibt es hier mehrheitlich (57 Prozent) (noch) keine betriebliche Gesundheitsförderung (BGF). Sind solche Maßnahmen jedoch vorhanden, dann ist die Inanspruchnahme dort sehr hoch (79 Prozent).

Dass sich betriebliche Gesundheitsförderung lohnt und auch Fehlzeiten reduziert, konnte in zahlreichen weiteren Studien gezeigt werden. Das zahlt sich auch für Arbeitgeber aus: Durchschnittlich werden – konservativ gerechnet – für jeden in die betriebliche Gesundheitsförderung investierten Euro allein durch die Reduktion von Fehlzeiten 2,70 Euro eingespart.

www.bkk-dachverband.de

NACHRICHTEN

Fischbach ist neue Pflegebevollmächtigte

Ingrid Fischbach, bisher Staatssekretärin im Bundesgesundheitsministerium, ist neue Patientenbeauftragte und Pflegebevollmächtigte der Bundesregierung. Die CDU-Politikerin Fischbach löst den bisherigen Amtsinhaber Karl-Josef Laumann ab, der in die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen gewechselt ist. Dort hat der Unions-Politiker das Ressort für Arbeit, Gesundheit und Soziales übernommen.

Ingrid Fischbach ist ursprünglich Lehrerin für die Fächer Deutsch und Geschichte. Zuletzt unterrichtete sie an einer Gesamtschule in Herne. Seit 1998 sitzt Fischbach für die CDU im Bundestag. Seit 2013 ist sie Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesgesundheitsministerium.

Ihrem Vorgänger Laumann dankte Bundesgesundheitsminister Hermann Gröhe für seine „herausragende Arbeit“. Zusammen habe man in den letzten Jahren „viele Verbesserungen für Patienten und Pflegebedürftige erreicht“. Dabei



Ingrid Fischbach

verwies der Gesundheitsminister insbesondere auf die Umsetzung des neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs und die Heil- und Hilfsmittelversorgung.

www.patientenbeauftragte.de

DKI-Gutachten zur Intensivpflege

Die Einführung von Pflegepersonaluntergrenzen in den pflegesensitiven Bereichen unserer Krankenhäuser ist ein entscheidender Schritt für die Sicherung des allgemeinen Pflegebedarfs. Damit muss sich auch die Deutsche Krankenhausgesellschaft endlich ihrer Verantwortung für eine ausreichende und zugleich hoch qualifizierte Personalbesetzung in der Pflege stellen. Das hat der Deutsche Pflegerat (DPR) in Berlin vor der Presse deutlich gemacht.

Mittelfristig fordert der DPR die Festlegung einer Personalmindestbesetzung für die Pflege in allen Krankenhausbereichen, die dennoch deren notwendige personelle Flexibilität gewährleistet. Ein Plädoyer für mehr Personal in der Pflege hilft uns nicht weiter. Das hat uns die Vergangenheit deutlich gezeigt. Hier braucht es Fakten, die der Gesetzgeber zu Recht geschaffen hat und die es jetzt gilt, zügig umzusetzen.

Anlässlich der Vorstellung und Bewertung des Gutachtens „Personalsituation in der Intensivpflege und Intensivmedizin“ des Deutschen Krankenhausinstituts (DKI) kommentierte der DPR weiter:

Die pflegerische Versorgung der Patienten in der Intensivpflege ist vielleicht objektiv gut, wie die Deutsche Krankenhausgesellschaft mitteilt, faktisch reibt man sich jedoch verwundert die Augen. Nach wie vor fehlen in unseren Krankenhäusern zehntausende Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Pflege. Zahlreiche aktuelle Studien zeigen, mit welchen enormen und stetig steigenden Arbeitsbelastungen die professionell Pflegenden umzugehen haben. Die Folgen sind enormer Stress sowie körperliche und psychische Belastungen bis hin zur Flucht aus dem Beruf. Die Personalsituation der Pflege im Krankenhaus ist weiterhin bedrohlich.

Allein vor diesem Hintergrund sind die im DKI-Gutachten genannten Hinweise auf eine verbesserte pflegerische Versorgung in der Intensivpflege allenfalls als Schritt dahingehend zu werten, dass sich eine schlechte Situation etwas verbessert hat, mehr jedoch nicht. Die Zeit des Schönredens und Beschwichtigens muss endgültig vorbei sein.

www.deutscher-pflegerat.de

AKTIONSTAG

Patientensicherheit erhöhen

Das Aktionsbündnis Patientensicherheit e.V. (APS) und seine internationalen Partner rufen in diesem Jahr zum dritten Mal den Internationalen Tag der Patientensicherheit aus. Der Aktionstag findet am 17. September 2017 und in der Folgewoche statt.

Kommunikationsdefizite im Gesundheitswesen gefährden die Patientensicherheit häufig – viel öfter als technisches Versagen. Der 3. Internationale Tag der Patientensicherheit (ITPS) steht daher unter dem Motto „Wenn Schweigen gefährlich ist“. Gesundheitseinrichtungen in Deutschland, der Schweiz und Österreich sind eingeladen, sich rund um den Aktionstag mit zahlreichen Veranstaltungen zu beteiligen.

Der ITPS will dazu beitragen, für eine gesundheitsfördernde, gute und kompetente Kommunikation als einem wichtigen Kriterium „guter medizinischer Praxis“ zu werben. Zukünftig könnte der 17. September stets ganz im Zeichen der Patientensicherheit stehen: Die Organisatoren möchten bewirken, dass er in die Liste der internationalen Aktionstage der Vereinten Nationen (UN) und der Weltgesundheitsorganisation (WHO) aufgenommen wird. Auch Bundesgesundheitsminister Hermann Gröhe hat sich diesem Gedanken angeschlossen – und auf dem „Zweiten internationalen Ministertreffen zur Patientensicherheit“ im März 2017 in Bonn dafür geworben.

www.tag-der-patientensicherheit.de

Impressum

Herausgeber: Deutscher Pflegerat (DPR) Bundesarbeitsgemeinschaft Pflege- und Hebammenwesen

Inhalt: Claudia Dachs (verantwortlich)
Alt-Moabit 91, 10559 Berlin
(„Haus der Gesundheitsberufe“)
Tel.: 030 398 77 303; Fax 030 398 77 304
www.deutscher-pflegerat.de

„PflegePositionen“ – Der offizielle Newsletter des DPR erscheint in Kooperation mit HEILBERUFE – Das Pflegemagazin.

Verlag: Springer Medizin Verlag GmbH
Heidelberger Platz 3, 14197 Berlin
Tel.: 030 827875500, Fax: 030 827875505

Director Professional Care: Falk H. Miekley

Chefredakteurin: Katja Kupfer-Geißler
Heidelberger Platz 3, 14197 Berlin
Tel.: 030 82787 5500, Fax: 030 82787 5505
www.heilberufe.de

„Allianz für Gesundheitskompetenz“

Gute Kommunikation muss gelernt werden

Bundesgesundheitsminister Hermann Gröhe unterzeichnete im Juni gemeinsam mit 14 Partnern eine Gemeinsame Erklärung zur Gründung der „Allianz für Gesundheitskompetenz“.

In der „Allianz für Gesundheitskompetenz“ haben sich Spitzenorganisationen und Verbände des deutschen Gesundheitswesens und das Bundesgesundheitsministerium zusammengeschlossen. Eines der wesentlichsten Ziele der Allianz ist es, die Gesundheitskompetenz zu stärken und die Bürgerinnen und Bürger darin zu unterstützen, gut informiert mit den Ärztinnen und Ärzten und weiteren Fachkräften im Gesundheitswesen gemeinsam Entscheidungen zu treffen.

Qualität durch Kommunikation verbessern

Die Arbeit aller im Gesundheitswesen Tätigen muss sich künftig stärker als bisher an den Werten einer guten, umfassenden und zugleich verständlichen Kommunikation über die zu erbringenden Leistungen und deren Ziele orientieren, sagte Franz Wagner, Vize-Präsident des Deutschen Pflegerats e. V. (DPR), in Berlin anlässlich der Mitunterzeichnung der „Allianz für Gesundheitskompetenz“ durch den DPR.

„Die Bedeutung einer guten und patientensicheren Kommunikation im Gesundheitswesen haben wir in der Vergangenheit vielfach nicht ausreichend beachtet. Stimmt die Kommunikation nicht, dann steht die Patienteninformation und -sicherheit auf wackligen Füßen“, so Wagner weiter.

„Dreh- und Angelpunkt für eine bessere, klare Kommunikation ist die Steigerung der kommunikativen Kompetenzen der professionell Pflegenden und deren Umsetzung in der Praxis. Dabei zei-

gen die im Rahmen der ‚Allianz für Gesundheitskompetenz‘ genannten Empfehlungen und Maßnahmen in die richtige Richtung und bereiten den Weg für eine höhere Gesundheitskompetenz zwischen den im Gesundheitswesen Tätigen und den Patientinnen und Patienten. In den Berufsfachschulen und Hochschulen für die Gesundheitsberufe und in den Gesundheitseinrichtungen sind die geeigneten Rahmenbedingungen für die Aus-, Weiter- und Fortbildung zum Thema Kommunikation zu schaffen. Neue Lehrpläne und praxisorientierte Schulungen zu kommunikativen Fähigkeiten und zu einer zielgruppengerechten Beratung müssen entwickelt und wissenschaftliche Erkenntnisse in der Praxis umgesetzt werden“, betonte der Vize-Präsident des Deutschen Pflegerats.

Pflegende spielen eine besondere Rolle

Der Berufsgruppe der professionell Pflegenden komme dabei eine besondere Rolle zu. Diese stehe im täglichen Kontakt mit den Patientinnen, Patienten und Angehörigen und sei auch an den Schnittstellen zu weiteren Leistungsbereichen besonders gefragt. „Wir müssen die professionell Pflegenden beim Thema Kommunikation mitnehmen. Das wird eine der Aufgaben des Deutschen Pflegerats bei der ‚Allianz für Gesundheitskompetenz‘ sein.“

www.bundesgesundheitsministerium.de